

Gegenwind für Windparks

Kritiker sammeln Unterschriften und denken über Bürgerinitiative nach

Lengefeld. Mit Unterschriftensammlungen und eventuell auch der Gründung einer Bürgerinitiative wollen Gegner von Windkraftanlagen im südlichen Landkreis ihre Ziele verfolgen. Das haben nach einer Bürgerversammlung die Initiatoren Alf Schmutzler (Ortsbürgermeister von Keßlar, Lotschen und Meckfeld) und der Lengefelder Ex-Ortsbürgermeister Dirk Meisinger mitgeteilt.

„Wenn es nach dem Willen der Windenergie-Lobby geht, dann werden bald überall auf dem Hochplateau zwischen Rittersdorf, Haufeld, Neckeroda, Hochdorf, Lengefeld, Alt- und Neudörnfeld, Lotschen/Kottenhain, Keßlar, Meckfeld, Drößnitz, Bergern und Milda Windräder stehen“, schreiben sie in einer Presseinformation. Ihren

Angaben zufolge würden zurzeit von Firmen mindestens vier mögliche Windpark-Standorte untersucht: in Haufeld, Neckeroda, Lengefeld sowie zwischen Keßlar und Meckfeld.

Vor diesem Hintergrund hatten Schmutzler und Meisinger das Treffen initiiert, zu dem 28 Bewohner aus den betroffenen Orten gekommen seien. Er habe dabei Unterschiede in der Informationspolitik der Ortsbürgermeister festgestellt, so Dirk Meisinger: „Mit großer Sorge wurde registriert, dass die Thematik in einzelnen Dörfern gar nicht auf der Tagesordnung steht, in anderen Orten die Bürger nur einseitig in Kenntnis gesetzt werden.“

Die bisher vermutete klare Zustimmung der Neckerodaer zu einem Windpark an ihrem Dorf sieht Meisinger nicht. Er

macht das daran fest, dass auch von dort mehrere Bürger an der Versammlung teilnahmen. Geklägt worden sei insbesondere über ein zum Teil notwendiges, aggressives Vorgehen gegen Windpark-Kritiker, so Meisinger.

„In unserer kleinteiligen Siedlungsstruktur lassen sich Windräder nicht verträglich einfügen“, lautet seinen Angaben zufolge das Resümee des Abends. Die Kritiker setzen sich dafür ein, kreisübergreifend in den betroffenen Bereichen von Saalfeld-Rudolstadt, Weimarer Land und Saale-Holzland die Menschen, Kultur- und Sachgüter und den Landschaftsraum zu schützen. Sie wollen politische Mandatsträger in die Pflicht nehmen, sich der Problematik zu stellen und mit den Betroffenen nach Lösungen zu suchen.